



öffentlich

Betreff:

Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der Pandemie

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 20.04.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

05.05.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah eine Hilfsstrategie zur Betreuung von psychosozialen Auswirkungen der gegenwärtigen Pandemie erarbeiten zu lassen.

Dazu sollen psychosoziale Hilfsangebote abgestimmt und gebündelt, redundante Parallelentwicklungen vermieden sowie lokale Selbsthilfeaktivitäten unterstützt werden. Die Angebote sind verstärkt der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit soll dabei mit dem dazugehörigen Netzwerk für seelische Gesundheit und der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft-PSAG kooperieren. Es wird empfohlen, die Psychiatriekoordination des FB Gesundheit in den Krisenstab des Rathauses zu integrieren.

Ein Zwischenbericht soll im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion im Juni 2021 gegeben werden, der Bericht an die Stadtverordnetenversammlung im September 2021 erfolgen.

gez.
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Seit über einem Jahr bekämpfen wir die Pandemie. Bisher standen die Inzidenzen, die Kapazität der Intensivbetten, die Todeszahlen und jetzt vermehrt die Impf- und die Teststrategie und das „Öffnen aber sicher“ im Vordergrund. Da haben alle in den betroffenen Bereichen bis an die Belastungsgrenze gearbeitet und Potsdam einiges erreicht, um dieser Pandemie einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Dennoch sind auch in Potsdam zunehmende psychosoziale Folgen festzustellen. Kinder, vor allem in belasteten Familien, reagieren mit Ängsten, Verhaltensproblemen und erleiden vermehrt psychische und physische Gewalt. Dazu liegen erste Berichte und Erhebungen vor. Die gestiegenen Fallzahlen im Jugendamt legen davon Zeugnis ab. Auch Erwachsene, die von Aussichtslosigkeit, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen sind, resignieren zunehmend. Besonders betroffen sind Menschen, die ohnehin mit psychischen und gesundheitlichen Vorbelastungen zu tun haben bzw. von Einkommens – und Wohlstandsarmut bedroht sind. Es nimmt die Anzahl derer zu, die psychosoziale Unterstützung brauchen.

Gleichzeitig besteht in der Stadt eine große und unübersichtliche Vielzahl an Akteuren, die sich um Hilfe bemühen wie der Allgemeine Soziale Dienst (ASD), die Wohlfahrtsverbände, Kirchen, der sozialpsychiatrische Dienst, entsprechende Beratungsstellen, die Notfallseelsorge, die Hilfstelefone, Kinder- und Jugendpsychiatrie, die Schulsozialarbeit, Streetworker*innen, der Suchtberatungsdienste und viele andere.

Die Probleme wurden bisher zu wenig wahrgenommen, die bisherigen Aktivitäten in der Stadt sind noch zu unkoordiniert, die Vielzahl der Hilfsangebote zu unübersichtlich und zu wenig bekannt. Dem soll mit dem vorliegenden Antrag abgeholfen werden.